

Wo steht Afrika heute? In einigen Ländern Afrikas verbessert sich die Qualität der Regierungsführung außergewöhnlich schnell. Zu diesem Schluss kommt die Weltbank in ihrem im Juli veröffentlichten Bericht, der in 212 Ländern die Regierungsführung der vergangenen zehn Jahre anhand folgender Kriterien auf den Prüfstand stellt: Regierungs- und Regulierungseffizienz, Korruptionskontrolle, Mitspracherecht der Bürger bei Regierungsentscheidungen, Rechtsstaatlichkeit, politische Stabilität sowie Presse- und Meinungsfreiheit.

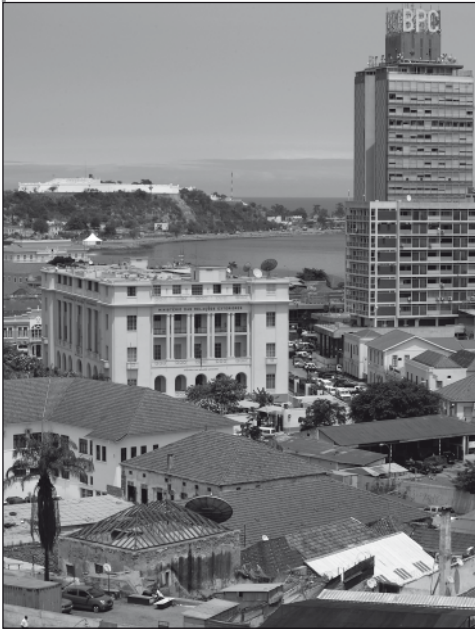
Auch der im Juni vorgestellte Halbzeit-Bericht über die Umsetzung der bis 2015 zu erreichenden Millennium-Entwicklungsziele (MDG) fällt optimistischer aus als erwartet. In Afrika hat sich insbesondere die Einschulungsrate von Kindern erhöht. Hier erhalten inzwischen siebenzig Prozent aller Kinder eine Grundbildung, während es 1999 nur siebenundfünfzig Prozent waren. Die Armutsrates fiel in Afrika südlich der Sahara von siebenundvierzig auf einundvierzig Prozent. Weltweit ist die Armut in Afrika allerdings immer noch am höchsten und wird bis 2015 wohl nicht halbiert werden können. In Malawi konnte hingegen die Produktivität der Landwirtschaft erhöht und in Niger, Togo, Sambia und Sansibar die Bekämpfung von Malaria verbessert werden. In Niger wurden außerdem große Landteile wieder aufgeforstet, während in Senegal und Uganda die Trinkwasserversorgung und sanitären Anlagen verbessert wurden.

Nach Aussagen von Wirtschaftsexperten wächst Afrikas Wirtschaft mit zurzeit über fünf Prozent so stark wie seit dreißig Jahren nicht mehr. Dieses Wachstum ist unter anderem auf eine zunehmend dynamische Wirtschaft und Reformen zurückzuführen sowie auf den andauernden Rohstoffboom. Zudem gibt es einige Erfolg versprechende regionale Reforminitiativen in Afrika. Mit der 2001 gegründeten „New Partnership for Africa’s Development“ (NEPAD) haben afrikanische Staaten eine neue Strategie für die Entwicklung Afrikas entworfen, für deren Gelingen afrikanische Politiker ihre eigene Verantwortung anerkennen. Vielversprechend sind auch die Vorsätze des 2004 gegründeten Friedens- und Sicherheitsrates der Afrikanischen Union (AU), der bis 2010 in der Lage sein will, konfliktpräventive und friedenserhaltende Maßnahmen durchzuführen. Diesen Fortschritten stehen aber nach wie vor Staatskrisen, Kriege und bewaffnete Konflikte gegenüber (Sudan, Tschad, DR Kongo, Äthiopien, Somalia et cetera) sowie soziale Unterentwicklung, Ungleichheit und Marginalisierung im Welthandel.

Für die in der Tendenz positiven Entwicklungen afrikanischer Länder gibt es unterschiedliche Gründe. Eine Ursache ist sicherlich der Zuwachs der politischen Stabilität in den vergangenen zehn Jahren. In immer mehr Staaten sind heute Regierungschefs an der Macht, die ihr Handeln zunehmend an den Prinzipien der guten Regierungsführung ausrichten und die Korruption bekämpfen (Sierra Leone,

Von Angola ...

© picture-alliance/ZB, Fotograf: Thomas Schulze



Liberia, Tansania, Ruanda, Niger und Ghana). Ein anderer Erfolgsfaktor ist ohne Zweifel der Einfluss und die Neuorientierung der internationalen Entwicklungspolitik seit Anfang der 1990er-Jahre. Neu sind seither Schuldenerlässe, die Erhöhung der Geldmittel insbesondere der Budgethilfe, die Steigerung der Effizienz und Ergebnisorientierung, Geberharmonisierung, mehr Eigenverantwortung der Partner („ownership“) und Partnerausrichtung („alignment“). Neu war vor allem auch die sogenannte Konditionierung der Hilfe, das heißt die Vergabe von Mitteln auf Basis vereinbarter Bedingungen. Entwicklungsorganisationen und Geberländer haben so zunehmend bei den Empfängerstaaten auf gute Regierungsführung, Transparenz, Korruptionskontrolle und Rechenschaftspflichten gedrängt. Das hat den Fortschritt von „good governance“ gewiss beschleunigt. Entwicklungszusammenarbeit kann aber nur subsidiär wirken. Die Umsetzung institutio-

neller Reformen und erfolgreicher Entwicklungsstrategien sind letztlich das Resultat entwicklungspolitischer Auseinandersetzungen der Partner vor Ort.

Entwicklung braucht Zeit

Warum braucht Afrikas Entwicklung so viel Zeit? Der seit zwanzig Jahren wachsende Unterschied zwischen dem „Sorgenkind Afrika“ und dem Erfolgsmodell Asien hat in letzter Zeit immer mehr Zweifel am Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aufkommen lassen. Kritiker beziehen sich dabei oft auf den Vergleich zwischen Ghana und Südkorea, weil beide Länder im Jahr 1957 das gleiche Pro-Kopf-Einkommen hatten. Allerdings gab es in Südkorea zu dieser Zeit prozentual mehr Menschen mit einem Mittelschulabschluss als in Frankreich oder Deutschland. In Ghana konnten 1957 hingegen weniger als fünf Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben. Unter japanischer Besatzung machte Korea schon vor dem Zweiten Weltkrieg industrielle Erfahrungen, während Ghana wie andere afrikanische Kolonien von der Industrialisierung ferngehalten wurde. Korea ist ein klassischer Nationalstaat mit einer zweitausendjährigen Geschichte, Ghana hingegen ein multiethnischer Territorialstaat, der erst vor hundert Jahren durch Großbritannien künstlich geschaffen wurde.

Unter diesen Voraussetzungen sind die Freisetzung wirtschaftlicher Kräfte und ein friedliches Zusammenleben sehr schwierig. Für ihren Entwicklungsprozess hatten die schwarzafrikanischen Staaten andere Ausgangsbedingungen als Südkorea. Afrika braucht daher mehr Zeit.

Welche Rolle spielen internationale Akteure in der Entwicklung Afrikas? Es ist leicht zu sagen, dass Entwicklungshilfe ineffizient ist. Das eigentliche Problem ist nicht das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit an sich, sondern deren Überschneidung mit außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen. Zur

Zeit des Kalten Krieges haben Großprojekte den Gebern auch dazu gedient, eigenen Unternehmen Aufträge in Entwicklungsländern zu verschaffen, dort Märkte zu eröffnen oder geostrategische Interessen zu verfolgen (Panama-Kanal, Ölförderung in Saudi-Arabien et cetera). Nach Ende des Kalten Krieges 1989 und mit der Neuorientierung der internationalen Entwicklungspolitik haben Wirksamkeit und Effizienz der EZ sich insbesondere durch die Einführung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und eine Konzentration auf nachhaltige Entwicklungsstrategien verbessert.

Nach wie vor spielen wirtschaftliche Eigeninteressen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aber eine Rolle. Das zeigt zumindest die zunehmende Präsenz der Chinesen in Afrika. Die Volksrepublik investiert in Afrika immer häufiger in Infrastrukturprojekte und vergibt Kredite weitgehend ohne Konditionen.

Die chinesische Entwicklungsstrategie setzt sich von der Grundforderung nach guter Regierungsführung der OECD-Länder (westliche Industrienationen) deutlich ab. Diese sind davon überzeugt, dass langfristig die extreme Armut nur dann zurückgehen wird, wenn Regierungen demokratisch gewählt sind, sich um eigenverantwortliches Handeln bemühen, Frieden und Sicherheit garantieren, internationalen Standards entsprechende Gesetze schaffen, diese auch durchsetzen, zunehmend aus eigenen Einnahmen ein leistungsfähiges Bildungs- und Gesundheitssystem ausbauen und den privaten Wirtschaftskräften Raum zur Entfaltung geben. Um dieser Überzeugung nachzukommen, legen die OECD-Länder bestimmte Auflagen für ihre Hilfe fest. China hingegen fördert nach der Devise „Wandel durch Handel“ oder „Trade Not Aid“ Infrastrukturprojekte, die oft nicht nachhaltig wirken. Umwelt- und Sozialstandards werden dabei meist ignoriert.

So besteht die Gefahr, dass Afrika weiterhin nur als Lieferant von Rohstoffen am Weltmarkt in Erscheinung tritt und sich im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung nicht als gleichberechtigter Wettbewerber behaupten kann.

Bei den Wirtschaftsverhandlungen der Doha-Runde (Entwicklungsagenda der 150 WTO-Staaten) über die weitere Liberalisierung der Weltmärkte geht es in erster Hinsicht um Abkommen zwischen Industrieländern und Schwellenländern. Die Interessen der Entwicklungsländer finden auch hier bisher viel zu wenig Beachtung. Sie beklagen zu Recht, dass ihre Agrarprodukte gegen die hoch subventionierte Konkurrenz aus der EU und den USA keine Chance auf den Weltmärkten haben. Noch immer werden Massenprodukte aus dem Norden zu Dumpingpreisen auf afrikanischen Märkten verkauft. 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen zahlen die Industrieländer laut einer OECD-Studie pro Jahr an

... bis Zimbabwe prägt eine bunte Vielfalt das Leben zwischen Tradition und Moderne.

© picture-alliance/epd, Fotograf: Norbert Neetz



ihre Landwirte, fast eine Milliarde Dollar pro Tag. Das entspricht der Agrarhilfe, die sie an afrikanische Staaten überweisen – allerdings pro Jahr. Zudem hat die EU ihren Markt für viele Agrarprodukte abgeschottet. Die Industrieländer wollen mehr Marktzugang bisher nur gewähren, wenn die Entwicklungsländer ihre hohen Importzölle für Industriegüter senken und ihre Märkte für Dienstleistungen öffnen.

Welche Perspektiven gibt es für Afrika? Die wirtschaftlichen Machtstrukturen in der Welt haben sich verändert, und das macht sich auch auf dem „Entwicklungsmarkt“ bemerkbar. Die zehn asiatischen Tigerstaaten (darunter auch China) nähern sich mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen dem Durchschnitt der EU. Der mit dieser Entwicklung einhergehende Bedarf an Rohstoffen ändert die Position der ressourcenreichen Entwicklungsländer im Gefüge der Weltwirtschaft gewaltig.

Entwicklungsfinanzierung findet heute nicht mehr nur über klassische subventionierte Entwicklungshilfe der OECD-Länder statt. Die Gelder kommen auch in Afrika zunehmend aus Steuer- und Zolleinnahmen, Zuflüssen von Auslandskapital, Überweisungen der Diaspora, Fördermitteln privater Stiftungen, Zuschüssen und Krediten neuer aufstrebender Akteure wie China.

China belebt den Wettbewerb, heißt es immer öfter. Der sich entwickelnde „Markt für Entwicklungsfinanzierung“

bietet nämlich ebenfalls Chancen. Selbst die am wenigsten entwickelten Länder werden in eine Position hineinwachsen, wo sie sich zwischen unterschiedlichen Kooperationsangeboten entscheiden können. Deutschland und Europa müssen sich ihrerseits auf ausgewählte Sektoren in erfolgreichen Reformländern konzentrieren und ihre spezifischen Stärken, aber auch Interessen in die Kooperation und Entwicklung Afrikas einbringen. Für große Teile der afrikanischen Eliten ist „good governance“ ebenso wichtig wie für Europa. Eine auf wenige wesentliche Punkte fokussierte Konditionalität der Zusammenarbeit, die das Ergebnis gleichberechtigter Verhandlungen ist, eigene Interessen offen benennt und dabei dem Prinzip der Eigenverantwortung („ownership“) Priorität gibt, wird in Afrika viele Verbündete finden.

Die Veränderungen auf dem „Entwicklungsmarkt“ eröffnen für afrikanische Staaten die Option, sich auf der Grundlage von guter Regierungsführung für eine nachhaltige und eigenverantwortliche Entwicklungsstrategie zu entscheiden oder den Weg der Abhängigkeit von der Rohstoffausbeutung weiterzuverfolgen. Die Industrie- und Schwellenländer können durch weitgehende Konzessionen im Rahmen der Welthandelsrunde ihren Teil dazu beitragen, die demokratischen und wirtschaftlichen Reformen der Entwicklungsländer signifikant zu unterstützen.

Koordinierung von Entwicklungshilfe

„Die Entwicklungshilfe ist eine politische Realität, sie kann also nicht einfach abgeschafft werden. Weniger und besser fokussierte sowie besser koordinierte Hilfe wäre aber oft mehr. Ausserdem sollten sich die Entwicklungsländer darauf konzentrieren, die demokratischen Kontrollmechanismen in den Empfängerländern zu verbessern und den weitgehend machtlosen Unternehmern, unter ihnen die Kleinbauern, zu mehr politischer Durchschlagkraft zu verhelfen.“

Kurt Pelda am 9./10. Juni 2007 in der *Neuen Zürcher Zeitung*